



Die AfD-Fraktion im Kreistag des Rhein-Pfalz-Kreises

Rede zum Kreishaushalt für das Jahr 2021 – gehalten von
Fraktionssprecher Dr. Stefan Scheil am 7. Dezember 2020

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Landrat,

gestatten Sie mir eine Vorbemerkung zu den Umständen dieser Rede: Diese Versammlung des Kreistags zur Bewilligung der Haushaltsvorlage 2021 findet bekanntlich unter außergewöhnlichen Umständen statt. Was es sonst an zur Vorbereitung üblichen Ausschusssitzungen gegeben hätte, hat vorher eben nicht stattgefunden. Sie wurden sämtlich abgesagt.

Die als Ersatz einberufene Sitzung im Mutterstädter Palatinum stand unter Voraussetzungen, die ich für mich persönlich als unzumutbar und vor allem als willkürlich eingestuft habe. Der nach der Einladung noch zusätzlich nachgereichte Maskenzwang am Platz, trotz zwei Meter und mehr Abstand zum Nachbarn, beruhte auf einer Entscheidung aus dem Bauch, die so nicht hinnehmbar war.

Diese Fragen stellen sich auch aktuell. Es kann, bzw. darf grundsätzlich nicht sein, dass jeder Ortsbürgermeister nach Belieben jeden Tag neu definiert, was er auf seinem Hof für zulässig hält. Hier werden Grundrechte der Bewegungsfreiheit und Berufsausübung in Frage gestellt. Das schafft Unsicherheit für den Bürger, der sich ja nicht alle Tage neu informieren muss, was die Obrigkeit gerade möchte. Und die Bestimmungen sind oft unlogisch und nicht nachvollziehbar. Dies gilt allerdings auch für die Entscheidung aus Berlin, dass jeder Kunde im Einzelhandel 20 qm für sich haben muss, in Schulen aber weiterhin Klassen von 25

Schülern und mehr mit 70 qm großen Klassenräumen auskommen sollen, um das Ansteckungsrisiko zu minimieren. Das Ansteckungsrisiko würde bei Gültigkeit dieser Logik mit der Art der räumlichen Nutzung steigen oder fallen wobei auch hier eine gewisse Logik nicht erkennbar ist.

Und im Weiteren – dies sei zu dieser Sitzung in Mutterstadt abschließend noch gesagt - besteht unsere Fraktion aus Mitgliedern, die als Freiberufler und Angestellte tätig sind. Ein Sitzungsbeginn um 13.00 Uhr mittags an einem normalen Arbeitstag lässt sich für diese Berufsgruppe, die dieses Land täglich trägt, „logistischerweise“ nicht immer realisieren. Rentner, Ortsbürgermeister und öffentlicher Dienst sollten aber schließlich nicht die einzigen sein, die Zeit zur Beratung in den gewählten Gremien haben.

Damit komme ich zu den Zahlen. Angesichts der Vielzahl an sich überschneidenden Programmen und Fördermaßnahmen durch Bund und Land sind diese Angaben offensichtlich als sehr vorläufig zu bewerten.

Thema Kreisumlage

Wie bereits letztes Jahr im Namen der AfD Fraktion ausgeführt, ist der Rhein-Pfalz-Kreis in der glücklichen Lage, aus der Kreisumlage über hohe Einnahmen zu verfügen. Für 2021 kalkuliert der Haushaltsentwurf bei einer konstanten Umlage von 42 % noch einmal mit einem Anstieg dieser Einnahmen von 75,2 Millionen € auf 80,5 Millionen, also um ca. 7 Prozent. Inwiefern dies realistisch ist, muss der Gang der Dinge erst noch zeigen.

Das Jahr 2020 mit seiner Corona-Krise hat in der Anstiegskurve der Einnahmen aus der Kreisumlage jedenfalls eine deutliche „Delle“ hinterlassen. Der Haushalt geht davon aus, dass Bund und Land den Gemeinden eine Gewerbesteuerkompensationszahlung zukommen lassen, die dann umlagefähig sein wird. Eine entsprechende Gesetzesänderung sei noch in der Beratung. Wir betrachten den Haushaltsansatz der Höhe der Kreisumlage daher mit Skepsis.

Die Gesamtverschuldung des Kreises steigt im nächsten Jahr laut Haushaltsplan auf etwa 70 Millionen Euro, entnehmen wir der Auflistung auf Seite 50. Ob es bei diesem Betrag bleibt, kann derzeit wohl noch niemand sagen. Das sei eine Verschuldung von 401.-Euro pro Einwohner, führt der Haushaltsentwurf aus und vergleicht dies an dieser Stelle mit einer Verschuldung der rheinland-pfälzischen Kommunen, die bei 1.451.- € pro Einwohner liege.

Nun ist dies ein klassischer Vergleich zwischen Äpfel und Birnen, der Vergleichsmaßstab für die Verschuldung des Landkreises kann natürlich nur die Verschuldung mit den anderen Landkreisen sein, nicht mit den auf der Verwaltungsebene darunterliegenden Kommunen.

Blickt man unter diesem Aspekt in den Kommunalbericht, der im Haushaltsentwurf erwähnt wird, erhält man denn auch eine andere Vergleichszahl. Der Kommunalbericht für das Jahr 2019 nennt auf Seite 61 eine durchschnittliche Verschuldung der rheinland-pfälzischen Landkreise von 386.- € pro Einwohner. Der Rhein-Pfalz-Kreis ist mit seinen 401.- € pro Einwohner daher leicht überdurchschnittlich verschuldet, nicht unterdurchschnittlich, wie es der Haushaltsentwurf suggeriert.

Der Kommunalbericht zum 31.12.2019, auf dessen bisher fehlende Veröffentlichung der Haushaltsentwurf heißt, ist inzwischen am 30. November veröffentlicht worden. Demnach ist die Durchschnittverschuldung der Landkreise in Rheinland-Pfalz leicht zurückgegangen und beträgt zu diesem Stichtag 379.- € pro Einwohner.

Kreishaus

Kommen wir zu den einzelnen Projekten, die den Kreishaushalt in Zukunft sehr belasten werden. Bereits angesprochen wurde der Bau einer Berufsbildenden Schule, der einen höheren zweistelligen Millionenbetrag erfordern wird. Dazu kommt das Millionenschwere Projekt „Kreishaus“, dessen gegenwärtigen Stand der Haushaltsentwurf mit reichlich Nebel umgibt.

Dem Haushaltsentwurf entnehmen wir auf S. 48, ich zitiere: dass „in den Jahren 2021 bis 2024 das Kreishaus um einen Gebäudeteil erweitert oder an anderer Stelle neu gebaut werden soll“. Auf Seite 529 wird der Plan erläutert, bereits im Jahr 2023 dafür 25 Millionen Euro aufzuwenden.

Nun dürfte es klar sein, dass bei dem derzeitigen bundesdeutschen Tempo und den in diesem Fall offenbar schwierigen Verhandlungen mit der Stadt Ludwigshafen in vier Jahren kaum etwas davon geschehen sein wird, weder eine Erweiterung, noch eine Verlagerung. Die Stellungnahmen der Kreisverwaltung zu diesem Komplex deuten aus unserer Sicht allerdings stark auf eine geplante Verlagerung des Kreishauses hin.

Wir wünschen uns in diesem Bereich mehr Transparenz und sind sicher, dass auch die Öffentlichkeit der Bürger im Rhein-Pfalz-Kreis einen Anspruch darauf hat, mehr Details über

die bereits feststehenden Pläne der Kreisverwaltung informiert zu werden, die es offenbar geben muss, für einen Bau, für den man in kaum zwei Jahren bereits 25 Millionen Euro aufwenden will.

Klimapolitik und Effizienz

Wir hatten als AfD Fraktion vor einem Jahr eine Anfrage gestellt, ob die Effizienz der Klimapartnerschaft des Kreises mit Costa Rica in irgendeiner Weise kontrolliert wurde, etwa in Form eines CO₂-Fussabdrucks der vielen transatlantischen Flüge, die im Rahmen dieses Programm stattgefunden haben. Der Antwort der Kreisverwaltung seinerzeit war zu entnehmen, dass dies nicht der Fall sei.

Auf Seite 42, auf der die Klimaschutz-Aktivitäten des Kreises im Haushalt erwähnt werden, wird diese Klimapartnerschaft nun gar nicht erwähnt. Wir sehen das als Bestätigung unserer Skepsis gegenüber solchen Projekten an, die den deutschen Steuerzahler belasten, ohne nennenswerte Effekte in dem Sinn zu haben, den sie nach eigener Definition eigentlich haben sollten.

An dieser Stelle möchte ich betonen, dass wir als Fraktion das Thema Energieeffizienz für sehr wichtig halten. Ganz unabhängig davon, wie man zum menschengemachten Klimawandel steht, kann jeder fossile Brennstoff schließlich nur einmal verbraucht werden und verursacht Emissionen, die generell vermindert werden sollten.

Wir sehen allerdings kritisch, wie in vielen Bereichen sehr viele Geldmittel für Projekte aufgewendet werden, die bei genauem Hinsehen eben nicht effizient und nachhaltig sind. Als Beispiel nenne ich hier den Neubau der Schule in Bobenheim-Roxheim, für dessen Kühlung und Heizung unter den vorgelegten "erneuerbaren" Möglichkeiten mit der Eisspeicherheizung eine Variante gewählt wurde, die nicht nur die teuerste ist, sondern eine die sich am wenigsten am tatsächlichen Bedarf eines Schulgebäudes orientiert und hierdurch die geringste Effizienz und Nachhaltigkeit aufweist. In diesem Zusammenhang bedanken wir uns an dieser Stelle nochmals dafür, dass uns die entsprechenden Unterlagen durch die Kreisverwaltung zur Einsicht zur Verfügung gestellt wurden

Thema Asyl

Ein Dauerthema bleiben die 'unbegleitet eingereisten minderjährigen allgemein als Flüchtlinge bezeichnen Menschen' Dem Entwurf ist zu entnehmen, dass die dafür nötigen

Aufwendungen an verschiedenen Stellen verbucht werden, zum Teil bei der Heimerziehung, zum Teil aber auch bei anderen Hilfearten wie der Vollzeitpflege und der intensiven sozialpädagogischen Einzelfallhilfe und auch noch bei weiteren Hilfearten. Dieser Hinweis ist lobenswert, doch hätten wir uns eine genauere Aufschlüsselung dieser Kosten gewünscht, und genauere Angaben darüber, wo sie nun anfallen und wie hoch sie sind.

Die Asylzahlen sinken generell, das ist oft zu hören. Doch bewegen sich die Hilfen für Asylbewerber weiter auf sehr hohem Niveau. Der Finanzhaushalt weist in diesem Bereich einen Anstieg des Minus von 5,5 Millionen € 2019 auf 7 Millionen € 2020 aus und setzt für 2021 7,3 Millionen an.

Etwas anderes sei noch erwähnt. Auf Seite 22 finden wir die Kalkulation der laufenden Erträge. Hier wird unter anderem geplant, die eingenommenen Bußgelder von 230.000 auf 280.000 Euro im Jahr zu erhöhen. Das klingt allein schon stattlich. Noch stattlicher klingt es, wenn man berücksichtigt, daß noch im Haushalt für 2016 ganze 40.000 € Bußgeld als Ansatz standen. Das ist dann also eine Versiebenfachung der Bußgelder in nur 5 Jahren, die hier geplant ist. Man fragt sich, warum? Hat es seit 2016 eine Invasion von Verkehrschaoten gegeben? Oder hat der Kreis hier nicht viel eher eine Stelle entdeckt, dem Bürger leise an den Geldbeutel zu gehen? Ohne daß dies durch das Fahrverhalten notwendig geworden ist?

Fazit

Zusammenfassend gesagt, sind wir mit der Arbeit der Kreisverwaltung in vielen Bereichen zufrieden. Für die Handhabung der Corona-Krise gilt das nur eingeschränkt, nicht nur wegen der am Anfang angesprochenen Punkte bei der Beratung des Haushalts. Hier wurden teilweise Maßnahmen ergriffen, die wir als AfD-Fraktion für nicht notwendig und daher als falsch erachten, hierzu gehören zum Beispiel die Schließung der Wertstoffhöfe. Diese Maßnahme wurde ja teilweise auch von Nachbarkreisen nicht mit vollzogen. Das gilt übrigens auch für die Terminvergabe im KfZ-Wesen. Nicht überall in der Region musste man derart wochenlang auf eine Zulassung warten wie im Rhein-Pfalz-Kreis. Hier war die Kreisverwaltung päpstlicher als der Papst! Kritisch sehen wir auch den 100% Umsatzausgleich für die Verkehrsunternehmen in Zeiten, in denen viele andere Unternehmen und Selbständige mit Kurzarbeit und Berufsverbot kämpfen mussten und weiterhin müssen. Hier sehen wir einen Widerspruch zum Gleichbehandlungsprinzip, dem Grundrecht der Gleichheit und Gleichbehandlung aller vor dem Gesetz.

Für Verbesserungswürdig erachten wir auch weiterhin die Transparenz der Kreisverwaltung. Man musste doch teilweise sehr oft nachfragen, um letztlich die Informationen zu bekommen, die man braucht, um einen Sachverhalt richtig einordnen und sodann darüber abstimmen zu können.

Die Mitglieder der AfD-Fraktion bedanken sich für die Zusammenarbeit und hoffen auf eine Gute im kommenden Jahr 2021.